

Arbeiterblatt

der

PROLETARISCHEN VEREINIGUNG ÖSTERREICHS

Nummer 160

Jänner 1962

Der schwindelkommunistische Parteitag in Moskau und die Weltlage

Vor allem die "Wiederherstellung der Sowjetdemokratie" wurde von den Stalinbürokraten in Moskau betont. 5000 Delegierte - lauter geeichte Bürokraten oder von ihnen Ausgesuchte - sollten die "Breite der Sowjetdemokratie" beweisen. Ein Riesentheater, um vorzuspiegeln, der Stalinismus sei überwunden, es gäbe wieder proletarische Demokratie in der SU, die KPR sei wieder die alte revolutionäre Klassenpartei des Proletariats wie zu Zeiten Lenins. Daher auch das Herumfuchteln mit "leninistischem Kurs", "leninistischer Außenpolitik" usw.

Es war ein Riesenbetrug. Manche, meist oberflächliche Zuüge des Stalinismus wurden - vorübergehend - abgeändert. Aber die grundlegende politische Linie der Stalinbürokratie, die stalinistische "Generallinie" ist geblieben, nur in etwas abgeänderter Aufmachung - als "leninistische Generallinie"...

Meinten die Chruschtschew & Co es ernst mit der proletarischen Demokratie, so müssten sie in erster Linie eines der proletarischdemokratischen Grundrechte wieder herstellen: das aktive und passive Wahlrecht zum Sowjet, so wie es unter Lenin und Trotzki gegolten hat!

Nicht im Traum denkt die Stalinbürokratie daran. Sie lebt ja von der politischen E n t r e c h t u n g der Massen. Sie hat in der SU deren proletarischdemokratische Herrschaft immer mehr ausgehöhlt, schließlich abgewürgt und errichtet die Diktatur der revolutionsverräterischen Bürokratie, gerichtet auch gegen die Arbeiter und armen Bauern. Die russische Stalinbürokratie half die "Volksdemo-

kratien" (inklusive Mao-China und Tito-Jugoslavien) zu etablieren als stalinbürokratische, mao-bürokratische, tito-bürokratische Diktaturen, die auch gegen die Massen gerichtet sind. Um jeden Preis ihre Machtposition, samt den an sich gerissenen Vorrechten, Vorteilen behaupten, - das ist weiterhin die wirkliche "Generallinie" der Stalinbürokratie.

Doch immer näher rückt der heiße Weltkrieg, dieser Schlußakt des noch unbeendigten 2. imperialistischen Weltkriegs. Die Vorgänge in Berlin zeigen, wie sehr vor allem die USA-Imperialisten einen Vorwand zum Losschlagen suchen. Trotz riesiger kapitalistischer Manipulationen finden die Ausbeuter es immer schwieriger, die Hochkonjunktur zu verlängern. Sie haben nur einen kapitalistischen Weg, um der Wirtschaftskrise auf längere Zeit zu entgehen: den Sieg in der entscheidenden Schlußphase des 2. imperialistischen Weltkriegs.

Die Stalinbürokratie sieht diesem Entscheidungskampf mit großer Sorge entgegen: 1939 hatte die SU - dank ungeheurer Opfer der russischen Massen - 60% des damaligen Standes der USA - Produktion erreicht. Infolge der verräterischen Politik der Stalinbürokratie erlitt die SU in der ersten Etappe des 2. imperialistischen Weltkriegs fürchterliche Verluste, während die USA-Bourgeoisie ihren Produktionsapparat bedeutend vergrößern konnte. 1945 war die Produktionskapazität der SU auf bloß 25% des Produktionsapparates der USA gesunken! Seither hat die SU - wieder dank riesiger Anstrengungen der russischen Massen - aufgeholt. Aber erst auf 60%, was Revolutionsverräter

Chruschtschew am Parteitag selbst zugegeben hat. Die Stalinbürokratie ist also den Weltimperialisten nicht gewachsen. Daher ist sie bestrebt, ihre Position für den kommenden Entscheidungskampf möglichst zu verbessern. Dem diene der Moskauer Parteikongreß.

I.

Die Stalinbürokratie sucht sich ins Vertrauen der Arbeiter und armen Bauern zu schleichen. Sie hofft die von ihr unterdrückten, geschundenen, tausendfach verratenen Massen zu täuschen: um trotz deren berechtigten Groll gegen die Stalinbürokratie bei ihnen Unterstützung zu finden. Das war das erste Hauptziel des Moskauer Parteitags.

Die revolutionsverräterische Bürokratie braucht die Massen, um sich behaupten zu können. Einerseits gegen die Imperialisten, die die Schmarotzdictatur der Stalinbürokratie durch das Zündeführen des 2. imperialistischen Weltkriegs bedrohen. Andererseits gegen die neukapitalistischen Elemente innerhalb des Ostblocks, die den Sturz der reaktionären Stalinbürokratie von rechts planen.

Schon früher haben die Revolutions-schmarotzer Chruschtschew & Co - auf echt stalinistische Art! - die Schuld an den ungeheuren Leiden der Massen auf Stalin gewälzt. Auch gewährten sie den Massen gewisse Erleichterungen, versprachen noch mehr. Das sollte es der Stalinbürokratie ermöglichen, Boden unter den Massen zu gewinnen. Es erwies sich als ungenügend. Angesichts des drohenden heißen Weltkriegs braucht die Stalinbürokratie immer dringender die Unterstützung seitens der Massen. Daher probierten es die Revolutionsschmarotzer mit einem noch viel größeren Sündenbock-Manöver und mit dem Riesenköder des neuen Parteiprogramms.

Nebst Stalin wurden mehrere frühere Sozialgangster als Sündenböcke auserkoren. In erster Linie Molotow, Kaganowitsch, Woroschilow, die ältesten Spießgesellen des toten Obersozialgangsters. Die ganze Schuld für das systematische Verleunden, Foltern (zum Erpressen von "Geständnissen"), Morden, Meuchelmorden, kurz für alle Verbrechen der Stalinbürokratie, wurde Stalin und den

anderen Sündenböcken in die Schuhe geschoben. Das sollte die übrigen Stalinbürokraten, die jene Verbrechen mitgemacht, zumindestens durch Schweigen gebilligt und deren Früchte genießen, in den Augen der Massen reinwaschen.

Krampfhaft versuchen die Sozialgangster vorzuschwindeln, ihre KP sei wieder die gesunde Klassenpartei Lenins. Darum heuchelten die von Verrat und Egoismus stinkenden Chruschtschew & Co, in ihrer KP "sei kein Platz für Karrieristen"... Darum ihr Fuchteln mit dem "proletarischen Internationalismus", den sie tagtäglich mit Füßen treten. Sogar die von ihnen 1943 fallengelassene Internationale, diesen Kampfgesang der Weltarbeit-terklasse, haben die Schwindelkommunisten wieder ausgegraben! Um die von ihnen tausendfach betrogenen Arbeiter und armen Bauern vom "Leninismus" der stalinbürokratischen Revolutionsparasiten zu überzeugen,

Das neue Parteiprogramm ist ein Riesenbeispiel des Schwindelkommunismus. Vermag die Stalinbürokratie den ehrliehen Kommunismus innerhalb 20 Jahren aufzubauen? Das ist unmöglichlich!

Erstens kann es keinen "Kommunismus in einem Land" geben. Das ist nur eine gesteigerte Form der alten stalinistischen Schwindellosung des "Sozialismus in einem Land", hinter der die verräterische Stalinbürokratie, ihre Preisgabe des proletarischen Internationalismus, der proletarischen Weltrevolution verbarg. Ebenso wie der wahre, proletarische Sozialismus, kann der ehrliehen Kommunismus nur im internationalen Maßstab aufgebaut werden.

Zweitens besteht nicht die nötige Voraussetzung dazu: der wahre demokratische Sozialismus, ja nicht einmal dessen unumgängliche Vorstufe, die proletarische Demokratie. In dieser bestimmen und kontrollieren die Arbeiter, Angestellten, Kleinbauern, Kleinbürger, diese ungeheure Volksmehrheit, unter Führung der Arbeiterklasse. Keine Spur davon im Ostblock. Die Massen haben nichts zu entscheiden - das tut die usurpatorische Stalinbürokratie. Diese untergräbt immer weiter die allerletzten Reste der Oktoberrevolution, entartet den proletarischen Staat immer mehr. Die stalinbürokratische SU ist kein

Sozialismus keine proletarische Demokratie, und schon gar kein Kommunismus! Sie ist ein zentralisiertes bürokratisches Wirtschaftssystem, welches die Stalinbürokratie - gegen ihren Willen, doch als zwangsläufige Folge ihrer antiproletarischen Judaspolitik - in die Richtung eines modernsten Monopolkapitalismus führt.

Drittens: sogar auf Grundlage des wahren Sozialismus wäre ein Zeitraum von 20 Jahren völlig ungenügend, um den ehrlichen Kommunismus aufzubauen. Das erfordert materielle und kulturelle Voraussetzungen, von denen in der heutigen SU, geschweige denn den "Volksdemokratien" keine Spur!

Warum also dieser Riesenschwindel? Daß die Stalinbürokratie sich zu solchen betrügerischen Versprechungen versteigt, das beweist, wie nahe der heiße Weltkrieg ist! Die bürokratischen Revolutionsverräter wissen, wie plötzlich er da sein kann! Darum sind sie bereit, den Arbeitern und armen Bauern alles mögliche zu versprechen, um in ihnen eine Stütze zu finden. Nur "revolutionär-optimistische" Illusionisten können diese Riesentäuschungen der Stalinbürokratie als Ergebnis des "Druck von unten", durch die Massen, ausgeben.

II.

Möglichst fester Zusammenschluß der Stalinbürokratie selbst - das war das zweite Hauptziel des Moskauer Parteitags.

Je größer die Bedrohung durch den heißen Weltkrieg, desto mehr treten innerhalb der Stalinbürokratie gewisse Differenzen zutage. Beileibe nicht bezüglich der "Generallinie", sondern in taktischen Fragen: Wie, mit welchen Methoden, Mitteln die Massen zu täuschen, ausschmarotzen, die Weltbourgeoisie zu spalten, Zeit zu gewinnen. Ihr dürft Eure Meinung äußern, dürft kritisieren - solange Ihr Euch auf der stalinbürokratischen "Generallinie" bewegt, solange wird Euch nichts geschehen. Das deutete die Kremlbürokratie den übrigen Revolutionsparasiten an. Das ist der Sinn ihres ganzen Geredes von "Parteidemokratie", die ja nur für die stalinbürokratischen Verräter gilt.

Die Rehabilitierung ergebener Stalinbürokraten wie Rudautak, Kossior, usw. die

im Zeichen des "Personenkults" liquidiert wurden, die dient der Beruhigung der stalinbürokratischen Gesamtclique. Was die Revolutionsschmarotzer an sich gerissen, was sie weiterhin "legal" und illegal an sich raffen, das mögen sie in Ruhe genießen - nur darf ihr Diebstahl am Sozialprodukt nicht zu große Ausmaße annehmen. Dadurch soll die Entwicklung der skrupellossten Sozialdiebe zu neukapitalistischen Elementen möglichst unterbunden werden. Eine vergebliche Hoffnung, da dank der reaktionären Politik der Stalinbürokratie jede Kontrolle von unten, durch die Massen, fehlt.

Das neue Parteistatut war vor allem für die mittleren und unteren Reihen der Stalinbürokratie bestimmt. Es soll diese fest an die Kremlbürokratie ketten, indem ihnen größere Karrieremöglichkeiten geboten werden. Darum die Betonung der "Verjüngung" der führenden Parteimorgane: alle vier Jahre sollen zwischen ~~ix~~ ein Drittel und die Hälfte derer Mitglieder ersetzt werden; weiters wurde das Zentralkomitee samt Kandidaten stark vergrößert - also mehr fette Posten, die schneller zu ergattern sind. Auch sollen die mittleren und unteren, vor allem die jüngeren Revolutionsverräter etwas mehr mitzureden haben in Staat und Wirtschaft des entarteten Arbeiterstaates. Daher das Hervorheben der "kollektiven Diskussion", "kollektiven Führung", der "Demokratisierung des Partei- und öffentlichen Lebens" - versteht sich nur für die Stalinbürokratie und ihre Sippschaft.

Schließlich wurde die außerrussische Stalinbürokratie beruhigt, damit sie fest zum Kreml stehe. Die erznationalistische Linie der Stalinbürokratie führt unweigerlich immer wieder zum "Nationalkommunismus". Vor allem in den "Volksdemokratien", diesen mit der SU verbündeten entarteten kapitalistischen Staaten. Dort entstehen immer wieder titoistische Tendenzen. Zu Stalins Zeiten wurden sie womöglichst mit eiserner Hand unterdrückt. Das kann sich der Kreml heute nicht leisten. Erstens, weil es die gegenrevolutionären Pläne der Imperialisten erleichtern würde, die solche "nationalkommunistische" Elemente zu fördern suchen, - als Zersetzungsfaktor innerhalb der Stalinbürokratie (siehe Tito-Jugoslawien, Polen).

zweitens, weil der Kreml angesichts des drohenden heißen Weltkriegs dringend die wirtschaftliche, politische Unterstützung der "Volksdemokratien" braucht.

Um der Gefahr eines neuen Tito zu entgehen, bietet der Kreml der außer-russischen Stalinbürokratie mehr Selbständigkeit an - vorausgesetzt, daß sie letzten Endes die stalinbürokratische "Generallinie" einhält. Was immer die Mao, Gomulka, Kadar, Ulbricht & Co, aber auch die Thorez, Togliatti & Co Unternehmen, ihr Handeln muß den Interessen der Stalinbürokratie als Ganzes und in erster Linie den russischen Sozialgangstern dienen. Eben weil die albanische Stalinbürokratie zu v i e l Unabhängigkeit vom Kreml beansprucht, darum wurde sie von Chruschtschew & Co unter Druck gesetzt, am Parteikongreß angegriffen.

III.

Gegen den Willen der reaktionären Stalinbürokratie werden am Ostblock, vor allem in der SU die neukapitalistischen Elemente immer stärker. Ihre Entwicklung in und um die Stalinbürokratie herum ist zwangsläufige Folge der antiproletarischen, antirevolutionären Politik der Revolutionsparasiten. Da die proletarischdemokratische Kontrolle durch die Massen nicht existiert, vermögen die neukapitalistischen Elemente immer größere Teile des Sozialprodukts zu veruntreuen, stehlen. Sie visieren auf die neukapitalistische Gegenrevolution, um das Eigentum an den Produktionsmitteln an sich zu reißen. Die reaktionäre Stalinbürokratie sucht diese gegenrevolutionären Elemente in Schach zu halten. Das war das d r i t t e Hauptziel des Moskauer Parteitags.

Darum die Mahnungen über "bürgerliche(!) Gesinnung", über "Neigung zum Privateigentum", nämlich an Produktionsmitteln, Häusern, usw. Übrigens ein Beweis, daß der Sozialismus in der SU längst nicht aufgebaut ist, daß es gar nicht in die Richtung zum Sozialismus geht! Herrschte in der SU der wahre Sozialismus - wie die Stalinbürokratie vorschwindelt - dann gäbe es längst keine bürgerliche Gesinnung mehr, keine Neigung zur privaten Akkumulation!

Höhere Offiziere bilden einen wichtigen Bestandteil der gegenrevolutionären

Elemente. Darum sucht die reaktionäre Stalinbürokratie die Generäle möglichst an sich zu ziehen. Das soll die neukapitalistischen Elemente schwächen, so leichter im Zaum halten. Daher die Rehabilitierung der 1937 von der Stalinbürokratie gemeuchelten Armee-kommandanten. Darum wurden Marschall Gretschko und andere höhere Offiziere ins Zentralkomitee der KP genommen.

Es wird der reaktionären Stalinbürokratie nichts nützen. Die neukapitalistischen Elemente warten zu, weil sie nicht wollen, daß die Produktionsmittel den Imperialisten in die Hände fallen. Doch die Konterrevolution verhindern, besiegen, das vermögen nur die Arbeiter und armen Bauern Rußlands mit Unterstützung der proletarischen Weltrevolution. Trotz der noch immer weiter greifenden Entartung der SU: sie ist und bleibt Arbeiterstaat, solange die Gegenrevolution die russischen Massen im offenen bewaffneten Kampf nicht geschlagen hat!

Und sie sind noch nicht geschlagen! Kommt ihnen die internationale proletarische Revolution rechtzeitig zu Hilfe, so werden sie die neukapitalistischen Pläne vereiteln, und die SU wieder zu einem g e s u n d e n Arbeiterstaat machen: durch den Sturz der Stalinbürokratie von links, durch konsequente proletarischdemokratische R e f o r m !

IV.

Schließlich benützte der Kreml den Moskauer Parteitag, um sich in aller Form an die Weltbourgeoisie zu wenden. Offen gestand Chruschtschew, daß der 2. imperialistische Weltkrieg noch nicht beendet sei: "die Überreste des 2. Weltkriegs" (!) müssten beseitigt, ein deutscher Friedensvertrag unterzeichnet werden. Unter "Überresten" meint Revolutionsjudas Chruschtschew vor allem die Vorbereitungen der Imperialisten auf den heißen Weltkrieg! Daß zwischen der SU und Deutschland noch kein Frieden geschlossen ist, bestätigt nur, daß der 2. imperialistische Weltkrieg noch unbeendet ist!

Darum betonen die Kremlbürokraten, im Namen der gesamten Stalinbürokratie ihren "Verständigungswillen" gegenüber der Weltbourgeoisie. Sie wiederholten ihr altbekanntes Judasangebot und warnten das Lasstund Revolutionsparasiten an Macht

und Futterkrippe. Lasst uns in Ruhe genießen, was wir, ohne die von uns entrechteten Arbeiter und armen Bauern zu fragen, an uns gerissen haben. Dafür sind wir bereit, mit Euch gemeinsam gegen das "Chaos" (lies: proletarische Revolution), gegen die Massen vorzugehen, diese niederzuhalten, niederzuschlagen. - Geht Ihr Imperialisten jedoch darauf nicht ein, entfacht Ihr die Gegenrevolution im Ostblock, dann werden wir Stalinbürokraten "die Völker aller Länder aufrufen", uns gegen Euch zu unterstützen. (das heißt: wir werden die Unzufriedenheit Eurer Massen ausnützen, um sozialrevolutionäre, nationalrevolutionäre Kämpfe anzufachen und sie zu unsern Gunsten ausschmarotzen). Und entfesselt Ihr Imperialisten den heißen Weltkrieg - dann riskiert Ihr, daß die fürchterlichen Leiden dieses Entscheidungskampfes den in der Tiefe brodelnden Massenrukan zur Explosion bringen und dieser uns beide verschlingt!

Mit solchen Mahnungen, Drohungen hofft die Stalinbürokratie, die Weltimperialisten zu bremsen, Z e i t zu gewinnen: um ihre Position für die Sohlußetappe des 2. imperialistischen Weltkriegs möglichst zu stärken.

Dazu versucht sie auch innerkapitalistische Differenzen auszunützen, schwächere Teile der Weltbourgeoisie durch wirtschaftliche und politische Köder vom heißen Weltkrieg abzubringen. Die Stalinbürokratie umwirbt daher die Ausbeuter der zurückgebliebenen Länder, verschachert ihnen die kolonialen Massen am laufenden Band (siehe Ägypten, Irak, Kuba usw).

V.

Die revolutionsmörderische Stalinbürokratie wird noch manches "linke" Manöver versuchen, um die Weltmassen auszuschmarotzen. Sie wird sich bemühen, die Weltbourgeoisie mit dieser oder jener Konzession - auf Kosten der Massen! - zu spalten. Es wird den Revolutionsparasiten schließlich nichts nützen. Wenn die internationale proletarische Revolution ihn nicht verhindert, dann ist der heiße Weltkrieg u n v e r m e i d l i c h.

Der ökonomische Zwang drängt die Weltbourgeoisie zum Zuendeführen des 2. imperialistischen Weltkriegs. Keine Illusionen darüber! Im Kapitalismus bleibt

die Massenkaufkraft zwangsläufig immer wieder hinter den kapitalistischen Produktionskräften zurück. Diesem Grundwiderspruch entspringen immer wieder Absatzschwierigkeiten, die sich periodisch zur Wirtschaftskrise auswachsen. Eine solche Krise, mit noch größerer Massenarbeitslosigkeit als 1929, kann sich die Weltbourgeoisie heute nicht leisten. Das würde die Massen in revolutionäre Bewegung bringen. Daher hat die Weltausbeuterklasse nur noch einen kapitalistischen Ausweg: das siegreiche Beendigen des 2. imperialistischen Weltkriegs zur imperialistischen Einverleibung, Einordnung der SU und "Volksdemokratien" (China inbegriffen).

Das soll der Weltbourgeoisie die dringend benötigten Absatz- und Anlagemärkte sichern, um ihrer Ausbeuterproduktion auf längere Zeit profitablen Spielraum zu sichern. Mittels riesiger kapitalistischer Manipulationen (Rüstung, Straßenbauten, usw.) schiebt die Weltbourgeoisie die Krise vorübergehend hinaus, beschränkt sie auf "recessionen". Damit sucht sie sich genügend Luft zu schaffen, um den möglichst günstigsten Zeitpunkt zum Losschlagen wählen zu können. Zugleich, um das Risiko seitens der Massen zu verringern, schürt sie die Gegenrevolution im Ostblock.

Die Stalinbürokratie bemüht sich, den entarteten Arbeiterstaat und die "Volksdemokratien" gegen Imperialisten und Konterrevolution zu verteidigen. Aber auf ihre egoistische, verräterische Art, um auf Kosten der Arbeiter und armen Bauern weiterhin an Macht und Futterkrippe zu bleiben.

Auch die ehrlichen proletarischen Revolutionäre müssen die SU und die mit ihr verbündeten entarteten kapitalistischen Staaten (die "Volksdemokratien") nach Kräften verteidigen: nämlich die dortigen Massen, die letzten Reste der Oktoberrevolution - aber nicht die Stalinbürokratie, die weiter bekämpft werden muß! Das hat schon Trotzki festgestellt.

Zwischen der Stalinbürokratie und den Massen der SU und "Volksdemokratien" muß scharf unterschieden werden. Wer das nicht offen ausspricht und danach handelt, der, entgegen seinen besten Absichten, wirkt politisch zu Gunsten der Stalinbürokratie, unterstützt die schwindelkommunistischen Verräter!

Eben diesen schweren Fehler begehen die "revolutionären Optimisten" der 4. Internationale. Jene "revolutionär-optimistischen" Helden sollen lieber die Lehren Trotzki's studieren, sie richtig anzuwenden lernen - anstatt sich bloß auf ihn zu berufen, vor ihm zu verbeugen und dabei sein politisches Vermächtnis immer mehr zu liquidieren!

Die erfolgreiche proletarischrevolutionäre Verteidigung der SU und "Volksdemokratien" ist nur möglich mittels der heute einzig richtigen Taktik: sie erfordert den gleichzeitigen Kampf gegen Weltbourgeoisie und Stalinbürokratie. Beide sind Todfeinde der Weltarbeiterklasse, der Weltmassen. Doch der Klassen feind, die Weltkapitalistenklasse, ist der gefährlicheren. Daher muß der Kampf gegen den weniger gefährlichen Feind, die Stalinbürokratie, dem Kampf gegen die Weltbourgeoisie untergeordnet werden.

Also keine Spur vom Unterstützen der verräterischen Stalinbürokratie! Sie wird weiterhin bekämpft! Nur muß der Kampf gegen sie, unter Berücksichtigung jedesmal der Kampfbedingungen nach Ort und Zeit, vorderhand abgestuft werden. Was bedeutet das konkret?

Gegen die Weltbourgeoisie: Anwendung aller Mittel, Methoden des proletarischen Klassenkampfes, auch der schärfsten.

Gegen die Stalinbürokratie: Uneingeschränkte Fortsetzung des vorbereitenden Kampfes, mittels proletarischrevolutionärer Kritik, Propaganda, Organisation: aber, die jeweiligen konkreten Kampfbedingungen berücksichtigend, Abstufung des unmittelbaren Kampfes - von der proletarischrevolutionären Agitation aufwärts. Grad und Zeitpunkt der Abstufung bestimmen die proletarischen Revolutionäre vollkommen unabhängig von den Bedürfnissen der Stalinbürokratie.

Ein äußerst wichtiger Punkt: der Kampf gegen die Stalinbürokratie wird vorübergehend abgestuft! Warum? Weil im geeigneten Zeitpunkt die Stalinbürokratie wieder mit allen, auch den schärfsten Mitteln, Methoden bekämpft werden muß!

Das Ziel des unablässigen, wenn auch

vorübergehend abgestuften Kampfes gegen die Stalinbürokratie: ihr Strafen von links, durch die Massen der SU und "Volksdemokratien" mit Hilfe der internationalen proletarischen Revolution. Tiefgreifende proletarischdemokratische Reform der SU, Wiederherstellung der proletarischen Demokratie in Staat und Wirtschaft, Partei und Massenorganisationen, um den entarteten proletarischen Staat wieder zu gesunden. Proletarischrevolutionäre Umwälzung der "Volksdemokratien" (auch Tito-Jugoslaviens!), um sie erst zu Arbeiterstaaten zu machen!

VI.

Der Gang der Ereignisse, vor allem der heiße Weltkrieg, wird die Massen wekken. Sie werden sich spontan erheben und Führung suchen. Eine Führung, die ihre Frage "was sollen wir tun" richtig, dh. vom proletarischen Klassenstandpunkt beantworten kann.

Die heute unumgängliche abgestufte Taktik, sie ist die Antwort auf jene Frage der Massen! Wie jede richtige proletarischrevolutionäre Taktik kann sie auch im kleinsten Maßstab erfolgreich angewendet werden. Doch ihre siegreiche Anwendung, dh. ihre erfolgreiche Anwendung durch die Massen, das setzt voraus eine konsequente Massenföhrung: eine klare, zielbewußte proletarische Führungsorganisation, eine wahre Arbeiterpartei!

Diese proletarische Klassenführung muß ihren Aufgaben strategisch und taktisch gewachsen sein. Sie muß den Massen immer wieder die abgestufte Taktik, die jeweilige Taktik überhaupt erläutern, sie dazu immer wieder konkret anleiten.

Leider mangelt es noch an dieser Partei, wozu auch das jämmerliche Versagen der 4. Internationale beigetragen hat. Doch ohne proletarische Klassenpartei vermögen die Massen nicht dauernd zu siegen!

Der Massenaufschwung wird kommen. Fehlt jedoch in diesem Zeitpunkt die wahre Arbeiterpartei - dann wird die Arbeiterbürokratie samt ihren schwindelsozialistischen und schwindelkommunistischen Judasparteien, die ausgebeuteten, unterdrückten Massen wieder in die Niederlage, Katastrophe führen. So wie es

die SP seit 1914, die KP seit 1923/24 getan haben. Darum ist das rechtzeitige Schaffen der proletarischen Klassenpartei die heutige Hauptaufgabe aller klassenbewußten Arbeiter, Angestellten, in erster Linie der proletarischen Revolutionäre!

So groß die Anfangsschwierigkeiten, die dieser Aufbauarbeit entgegenstehen - wir und alle andern proletarischen Klassenkämpfer vermögen sie zu überwinden. Doch das setzt voraus, daß wir dabei nach Kräften mithelfen, auch an uns selbst arbeiten, um unsere Klassenarbeit wirksamer zu gestalten. Die Entwicklung, die objektiven Bedingungen werden die proletarisch-revolutionäre Arbeit erleichtern - entscheidend ist heute der subjektive Faktor: das Wirken der klassenbewußten Arbeiter, der proletarischen Revolutionäre, ihrer Führungsorganisation, der klaren, der proletarisch-demokratischen Arbeiterpartei!

21.12.1961

H.G.

Kämpfende Arbeiterschaft

Teuerung, Entlassung, Ausbeutung - das waren die hauptsächlichsten Ursachen der Arbeiterkämpfe im vergangenen November und Dezember.

In Frankreich setzten die Ausgebeuteten der staatskapitalistischen Unternehmungen ihren Widerstand fort. Um ihnen "Kampf" vorzutauschen, mußten die verräterischen Gewerkschaftsbürokraten Ende November wieder einen großen Streik ausrufen. Versteht sich, nur für 24 Stunden: damit "die (Ausbeuter)Wirtschaft" dh. das Herauspumpen von immer mehr unbezahlter Arbeit zwecks immer höheren Profits, möglichst wenig "gestört" werde. Den Eisenbahnern, Gas-, Elektrizitätsarbeitern schlossen sich an Arbeiter und Angestellte der Post und Luftfahrtlinie, der (kapitalistischen) Gemeindeverwaltungen und zahlreicher Geschäfte, auch die Belegschaften vieler Fabriken.

Zwei längere, "wilde" Streiks fanden in verstaatlichten Betrieben statt. Die 3000 Arbeiter des südwestfranzösischen Erdgasfeldes bei Lacq streikten um höhere Löhne. Die kapitalistische Regierung suchte mittels militärischer Mobilisierung die Streikenden zur Wiederaufnahme der Arbeit zu zwingen. - Gegen Entlas-

sungen begannen rund 2000 Bergarbeiter in Decazeville (Südfrankreich) einen Sitzstreik im Schacht.

Desselben Kampfmittels bedienten sich hunderte Bergarbeiter in Westdeutschland. Sie streikten gegen die drohende Stilllegung zweier Eisenerzgruben in der Ruhr, wodurch 900 den Arbeitsplatz verlieren sollten. - Gegen den Willen der Gewerkschaftsbürokratie fand in den Wolfsburger VW-Werken der erste Streik seit ihrem Bestehen statt: die Arbeiter der Karosserieabteilung wehrten sich gegen eine neuerliche Vergrößerung der Mehrarbeit. Eben im Steigern dieser unbezahlten Arbeit, die den Mehrwert für die Kapitalisten schafft, besteht die Ausbeutungssteigerung.

England: der Streik der 1000 Arbeiter der Fahrzeugindustrie ging weiter. Die Erbitterung der Arbeiter über die Gewerkschaftsbürokraten, die den Streik aktiv und passiv sabotierten, nahm zu. Als Feigenblatt für diese Arbeitervertreter wurde der Streik von der Bürokratie einer kleinen Fachgewerkschaft "anerkannt". Das heißt: sie zahlten etwas Streikunterstützung - aber sabotierten flott weiter. Anstatt das zu tun, wozu sie verpflichtet wären, nämlich den Kampf konsequent zu führen.

Drei Monate lang hielten die Streikenden aus, auch dank solidarischer Unterstützung vieler anderer Arbeiter. Dann, unter ökonomischem Druck, mußten sie nachgeben. Die Autokapitalisten ergriffen die Gelegenheit, um sich möglichst aller kämpferischer Proletarier zu entledigen. Nur 750 der 1000 Streikenden wurden wieder eingestellt. 3/4 des Betriebsrates und mehr als 200 kampfgewillte Arbeiter wurden auf die Straße geworfen. Die verräterischen Arbeiterbürokraten rührten keinen Finger. Ihnen - sowohl den sozialbürokratischen als auch den stalinbürokratischen - verdanken die Arbeiter diese Niederlage! Nicht nur ließen sie die Streikenden im Stich, sondern durchkreuzten, hinderten auch den Kampf wo sie nur konnten. Dazu mißbrauchten die Bürokraten auch die von ihnen beherrschten Gewerkschaften.

Im Kampf gegen Entlassungen und um bessere Arbeitsbedingungen streikten tausende Metall-, Berg-, Bau-, Textil- und Hafendarbeiter.

Österreich: die Gewerkschaftsbürokraten mußten zwei größere Streiks auslösen, um "wilde" Aktionen der Ausgebeuteten zu verhindern: erstens den Streik der 1500 Arbeiter (Angestellte unbegriffen) der ÖMV für eine kleine Lohnerhöhung. Dabei sitzen sozialbürokratische "Arbeitervertreter" im Aufsichtsrat dieses staatskapitalistischen Unternehmens! Sie "vertreten" die Arbeiterinteressen, indem sie am Ausbeuten der Belegschaft teilnehmen! - Zweitens den Streik der Angestellten des pharmazeutischen Drogenhandels: diese wurden bei der letzten Lohnerhöhung für die übrigen Handelsangestellten mit Zustimmung der SP bewußt ausgenommen. Dieser Ausbeuterdienst hatte manchen Handelskapitalisten einen fetten zusätzlichen Profit gebracht.

Ein "wilder" Streik fand beim Zellulose-Konzern Kellner & Partington in Hallein und Villach statt. Die Unternehmer hatten die kapitalistische Produktivität um 10% gesteigert. Erstens wurde so die Ausbeutung der Arbeiter, Angestellten um 10% erhöht. Zweitens, da dieselbe Warenmenge von 10% weniger Arbeitskräften erzeugt werden konnte, sollten 10% der Belegschaft "überflüssig" werden. Gegen diese Ausbeutungssteigerung und drohende Arbeitslosigkeit wehrten sich die 1000 Arbeiter der zwei Betriebe. Sie hatten dank ihres Kampfes einen gewissen Erfolg - trotz Sabotage seitens der Gewerkschaftsbürokratie. Hätte diese nicht verraten, so hätten sie mehr erreicht, wären zugleich im Bewußtsein gestärkt worden.

Auch in "unserem (kapitalistischen) Land" gehen die Ausbeuter immer offener gegen Betriebsräte vor, die irgendwie Arbeiterinteressen ernstlich vertreten. Die Arbeiterbürokratie stimmt zu - zumindestens durch Passivität! Um Betriebsräte zu verteidigen, streikten gegen den Willen der Gewerkschaftsbürokratie - die Belegschaften der Radiowerke Horn (Wien III.) und des Großkaufhauses GEKA, bei der Wiener Großmarkthalle.

In Norwegen setzte die SP-Regierung die Brotpreise hinaus - zum vierten Mal seit dem vergangenen März. Darauf traten in Oslo 8000 Büro- und Handelsangestellte in den "wilden" Streik. - Auch die Arbeiter, Angestellten Israels wehrten sich gegen die kapitalistische Teuerungsoffensive. Gegen den Willen der

dortigen SP und Gewerkschaftsbürokratie begann eine Reihe von Streiks, die weitergehen. - Gegen Preistreiberei, für höhere Löhne kämpften u.a. auch japanische Berg- und Metallarbeiter, kanadische Autoarbeiter.

Der Schwerpunkt der Kämpfe des Kolonialproletariats lag in Südamerika.

Der große Eisenbahnerstreik in Argentinien erfasste schließlich mehr als 200.000 Ausgebeutete. Die kapitalistische Regierung suchte nämlich ein Drittel von ihnen zu entlassen. Angesichts der Erbitterung der Eisenbahner mußten die gewerkschaftsbürokratischen Verräter den Streik hejahan, doch sie sabotierten ihn zugleich. Sieben Wochen lang hielten die Eisenbahner aus, schlugen Streikbrecher zurück. Als sie durch den Verrat der Bürokratie ermüdet waren, würgten die bürokratischen Judasse den Streik ab.

In Brasilien rief die kapitalistische Teuerungsoffensive große Unzufriedenheit unter den Massen hervor. Schließlich konnten die Arbeiterbürokraten die Ausgebeuteten nicht mehr zurückhalten. 2 Millionen im Gebiet von Sao Paulo traten in den Streik, stellten Streikposten auf. Die Ausbeuterregierung führte den Massen vor, was "die (bürgerliche) Demokratie" ist; der Streik wurde kurzerhand als illegal erklärt, alle Streikposten verhaftet, Zwangsarbeit eingeführt. So bewies der kapitalistische Staatsapparat, daß "die Demokratie" bürgerliche, kapitalistische Demokratie, verhüllte Diktatur der Bourgeoisie ist!

In Marokko streikten 8000 Postbeamte um höhere Löhne und Arbeitszeitverkürzung. In Südrhodesien standen hunderte Gummi-, Holz- und Textilarbeiter im Lohnkampf.

Ceylon: mehrere "wilde" Streiks gegen Ausbeutungssteigerung, für Lohnerhöhung fanden statt. Wochenlang kämpften zehntausende Transport-, Gas-, Ölarbeiter und Bankangestellte. Die linksbürgerliche Regierung setzte Gruppen als Streikbrecher ein. So zeigt die koloniale Linksbourgeoisie ihr wahres Gesicht. Trotzdem wird sie von der Arbeiterbürokratie - leider auch von den Zentristen, die sich als "Trotzkisten" ausgeben! - unterstützt! Ein weiterer Beweis übrigens, was für ein Schwindel der "Kampf" der KP gegen kapitalisti-

sche Ausbeutung und Unterdrückung ist! Er ist nur ein Köder, um möglichst viele Arbeiter hinter die Stalinbürokratie zu locken, zwecks Ausschmarotzen zu Gunsten des Kremls.---

Die Erfahrung zeigt: Kampfbereitschaft, Kampf an sich - so richtig, wichtig und notwendig sind - sie genügen nicht, um dauernde Erfolge für die Ausgebeuteten zu erzielen. Nicht einmal echte Erfolge im Tageskampf für Lohn, Arbeitszeitverkürzung, usw.

Die Gewerkschaften sollten diesen proletarischen Tageskampf konsequent führen. Sie tun es nicht, weil sie beherrscht, werden von der verräterischen Arbeiterbürokratie, deren Instrumente für erzegoistische Ziele sind. Die gewerkschaftsbürokratischen Verräter suchen jeden ernsten Streik zu sabotieren, weil sie m ü s s e n: nur für solche Judasdienste zu Gunsten der Bourgeoisie erhalten sie von dieser den Judaslohn! Die bürokratischen Verräter rufen Streiks aus - doch nur um die Arbeiter, Angestellten zu b e s c h w i n d e l n, zu täuschen über die Judasrolle der bürokratischen "Arbeitervertreter". Damit diese nicht verlieren die Gefolgschaft der Ausgebeuteten, dadurch die Möglichkeit, diese im Interesse der selbstsüchtigen Arbeiterbürokratie auszunützen!

Um den gewerkschaftlichen Kampf erfolgreich zu führen, müssen die Arbeiter (Angestellte ingegriffen) das Judaswesen der Arbeiterbürokratie e r k e n n e n und daraus die richtigen Konsequenzen ziehen:

Nicht aus den Gewerkschaften austreten und sie den bürokratischen Judassen überlassen! Hinarbeiten auf ihre Säuberung von der verräterischen Bürokratie! Die Gewerkschaften durch proletarischdemokratische R e f o r m Wx wieder zu K a m p f organen der Arbeiterklasse machen!

Nur die proletarische Demokratie liefert die nötigen organisatorischen Garantien gegen eine bürokratische Entartung. Hier einige Beispiele:

1. Jeder Gewerkschaftsfunktionär, jede Gewerkschaftsleitung kann durch die Körperschaft, die sie gewählt hat, j e d e r s e i t s abgesetzt und von ihr durch Neuwahl ersetzt werden.

2. Die Gewerkschaftsangestellten wer-

den zwar von der Zentralleitung eingesetzt, bedürfen aber der Bestätigung durch den zuständigen Gewerkschaftstag (falls dieser nicht tagt durch die bezügliche Leitung). Diese Bestätigung kann j e d e r z e i t entzogen werden.

3. In den beschließenden, wählenden Gewerkschaftstagungen aller Stufen dürfen die Gewerkschaftsangestellten nur beratendes Recht haben. Doch kein Beschlußrecht, kein Stimmrecht, kein Wahlrecht!

4. Den Exekutivausschüssen, die von den Tagungen gewählt werden, dürfen dagegen Gewerkschaftsangestellte angehören: mit vollem Beschluß-, Stimm-, Wahlrecht innerhalb dieser Ausschüsse. Doch höchstens 1/4 der Exekutiven dürfen Gewerkschaftsangestellte sein.

5. Zentralsekretäre der Gewerkschaften dürfen ihre Funktion höchstens ein Jahr ausüben und dann erst wieder nach drei Jahren. Die Personalabteilungen der Gewerkschaften müssen jährlich neu besetzt werden; ein und dieselbe Person darf erst nach drei Jahren wieder einer Personalabteilung zugeteilt werden.

Die Arbeiterklasse braucht Gewerkschaftsangestellte - aber keine Gewerkschaftsbürokraten. Gewerkschaftsangestellte werden noch lange notwendig sein. Doch müssen sie sachverständige Berater, D i e n e r der Arbeiterklasse bleiben, nicht sich zu H e r r e n der Gewerkschaften aufschwingen, wie die Olah, Benya & Co, ihre verräterischen Vorgänger es gemacht haben.

Daher ist der Kampf für die Wiederherstellung der proletarischen Demokratie in den Gewerkschaften eine der heutigen Hauptaufgaben der Arbeiter. Vor allem ihrer vorgeschrittenen, klassenbewußten Elemente!

19.1.1962

P.V.

Soziallakai Olah hatte es
eilig

Um der Einladung des amerikanischen Außenministers zu entsprechen (AZ 3.1.62).

Halten wir fest: dieser wichtige Teil des Staatsapparats der USA-Kapitalistenklasse hat einen sogenannten "Sozialisten" eingeladen! Das allein beweist schon, was für ein "Arbeitervertreter" der Herr Olah ist.

Zu welchem Zweck wurde er eingeladen? Darüber hat die sonst so redselige AZ gründlichst geschwiegen! Nun, als treuer Diener der Bourgeoisie wird Olah den USA-Imperialisten **b e r e c h t e n**: Was SPÖ und Gewerkschaftsbürokratie leisten, um die österreichischen Massen einzuseifen. Damit diese sich möglichst "Ruhig" ausbeuten, ausplündern, niederhalten und verblöden lassen. Damit die österreichische Arbeiterklasse sich möglichst ohne "Störung" für den heißen Weltkrieg einfangen und "vaterlandsliebend" auf die kapitalistische Schlachtbank führen lässt.

Auch wird Olah mit Vertrauensmännern der USA-Ausbeuterklasse **b e s p r e**

s h e n: wie die Judastätigkeit der Sozialbürokratie unter Führung der Pittermann, Olah & Co noch wirksamer zu gestalten - versteht sich gegen entsprechende Belohnung für ihre Verräterdienste.

Als braver Soziallakai - "Sozialist" in Worten, kapitalistischer Lakai in der Tat! - begibt sich Olah nach den USA! Von der amerikanischen Ausbeuterklasse, so rechnen die Sozialbürokraten, ist der ausgiebigste Judaslohn für unsere Verräterdienste zu erwarten. Und um einträgliche Posten, um Vorteile und Ehren im Kapitalismus • **d a r u m** in erster Linie geht es den Sozialjudassen Schärf, Pittermann, Olah, Pollak und ihrer Sippschaft!

13.1.1962

P.H.

+++++